A39 NEU: Weniger Waffen – Sicherheit neu denken (alter Titel:) Keine deutschen Waffen in

Kriegsgebiete und Diktaturen, ab Zeile 613

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (BAG Frieden, Del. RLP)
Tagesordnungspunkt: 1. Änderungsanträge zum Wahlprogram

Status: Modifiziert

Antragstext

Konventionellen" Waffen schaffen tagtäglich tausendfaches Leid. Deutschland muss

seine Exporte an tödlichen Waffen umgehend und deutlich verringern. Der aktuelle

Platz 4 der weltweiten Exporte ist für die Grüne Partei mit ihren pazifistischen

Wurzeln nicht hinnehmbar. 1,3% der deutschen Wirtschaftsleistung (soviel machten

die Waffenexporte 2019 aus) sind das tausendfache Leid nicht wert. Exporte von

6 Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime und in

7 Kriegsgebiete verbieten sich. Für die Reduktion von Rüstungsexporten wollen wir

eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren

strengen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten. Deutschland wird hier mit gutem

Beispiel voran gehen, der Platz 4 der Rangfolge der Waffenexportweltmeister ist

eine Schande für Deutschland. Das bedeutet, dass Kooperationen mit dem

Sicherheitssektor – beschränkt künftig ausschließlich auf verbündete Staaten,

welche eindeutig die internationale Gesetze einhalten – an die Einhaltung

demokratischer, rechtsstaatlicher und menschenrechtlicher Kriterien geknüpft

us werden. Die bisher zu oft praktizierte Weitergabe über Drittstaaten oder

16 Produktion mit deutschen Lizenzen im Ausland (ohne entsprechende

Exportbeschränkungen) werden wir unterbinden. Für Deutschland werden wir ein

Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegen und ein Verbandsklagerecht bei Verstößen

gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle

sorgen. Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben.

Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir

streng regulieren und private Militärfirmen verbieten.

Begründung

Der bisherige Absatz ist zu kurz gedacht und spiegelt weder die grüne Programmatik noch die tatsächlichen Probleme wider.